

Luzern, 9. Dezember 2025

**ANTWORT AUF ANFRAGE****A 469**

Nummer: A 469  
Protokoll-Nr.: 1418  
Eröffnet: 16.06.2025 / Gesundheits- und Sozialdepartement

**Anfrage Steiner Bernhard und Mit. über die personelle Eskalation am LUKS-Standort Wolhusen und deren Auswirkungen auf die regionale Gesundheitsversorgung****Vorbemerkungen:**

Mit der rechtlichen Verselbständigung der kantonalen Spitäler zum Luzerner Kantonsspital (LUKS) im Jahr 2008 wurde eine bewusste Trennung zwischen politischer und unternehmerischer Verantwortung geschaffen. Diese wurde mit der Rechtsformänderung zu einer gemeinnützigen Aktiengesellschaft im Jahr 2021 noch verstärkt. Die Oberleitung und die Festlegung der Organisation der Gesellschaft sind unübertragbare und unentziehbare Aufgaben des Verwaltungsrats. Der Regierungsrat übt für den Kanton Luzern als Alleinaktionär des LUKS die Aktionärsrechte aus und ist damit nicht in personalrechtliche und andere operative Entscheidungen eingebunden. Umgekehrt ist es nicht Aufgabe des Verwaltungsrats, politische Entscheide zu kommentieren oder zu hinterfragen. Diese Rollentrennung respektive die entsprechende diesbezügliche Akzeptanz und damit zusammengehende Umsetzung sind im Interesse einer guten Spitalführung zwingend zu wahren.

Wie in der Medienmitteilung vom 28. Mai 2025 vom LUKS dargelegt wurde, betrafen die personellen Massnahmen den ehemaligen medizinischen Co-Leiter des Standorts Wolhusen, die ehemalige Leiterin Regionen sowie den ehemaligen Chefarzt Medizin des Standorts Wolhusen. Die Leiterin Regionen war entgegen der in der Anfrage dargestellten Ausgangslage keine Kaderärztin.

Zu Frage 1: Hatte der Regierungsrat schon vor dem Erhalt des Schreibens der Kaderärzte Kenntnis über die Unzufriedenheit und das mögliche Konfliktpotential? Wenn JA: welche Massnahmen wurden in die Wege geleitet, um die Situation zu entschärfen? Wenn Nein: welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, um vergleichbare Konflikte in seinen Institutionen zu erkennen?

Dass zwischen einem Teil der Ärzteschaft des Standortes Wolhusen und der Unternehmensleitung des LUKS über mehrere Jahre hinweg unterschiedliche Auffassungen über die strategische Weiterentwicklung des Standortes bestanden, ist schon länger – teilweise auch öffentlich –

bekannt. Zur Entschärfung der Situation hatte das Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD) wiederholt Gespräche sowohl mit dem LUKS als auch mit den zuweisenden Ärztinnen und Ärzten geführt. Darüber hinaus hat das GSD das umstrittene Leistungsangebot für den Neubau des Spitals Wolhusen im Rahmen der Erarbeitung des aktuellen Planungsberichts über die Gesundheitsversorgung in einen partizipativen Prozess unter Beteiligung auch von Vertretenden des LUKS-Standorts Wolhusen und den zuweisenden Ärztinnen und Ärzten aus der Region definiert und so eine tragfähige Lösung erzielt. Parallel dazu hat der Kantonsrat mit der Änderung des Spitalgesetzes vom 6. Mai 2024 einen verbindlichen Rahmen für die Sicherstellung der Grund- und Notfallversorgung an allen Standorten des LUKS im Kanton Luzern geschaffen – auch dies als strukturelle Massnahme zur Stabilisierung des Systems. Weiter hat das GSD den neuen Verwaltungsratspräsidenten und den neuen CEO des LUKS beauftragt, einen Transformationsprozess einzuleiten, der die Führungs- und Organisationsstrukturen der gesamten LUKS Gruppe überprüft und erneuert. Dieser Prozess ist aus Sicht des Regierungsrates gut angegangen worden; die Neuzusammensetzung des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung und die sich in Überarbeitung befindliche Aufbau- und Führungsorganisation zeigen, dass die Massnahmen bisher gut umgesetzt werden. Die Regierung hat Vertrauen in die neue Leitung des LUKS und ist überzeugt, dass diese strukturellen Schritte sowie die bereits umgesetzte Verbesserung der Kommunikation zwischen der Führung der LUKS Gruppe und den Regionalspitälern dazu beitragen, ähnliche Konflikte künftig zu verhindern und die Stabilität der gesamten LUKS Gruppe langfristig zu sichern.

Zu Frage 2: Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass die Ernennung des Co-Leiters am Standort Wolhusen im März 2023 angesichts seiner bekannten Kritik an der Grundversorgung in Wolhusen als bewusste Provokation wahrgenommen wurde? Wie beurteilt der Regierungsrat die Führungsverantwortung der LUKS-Leitung in diesem Kontext?

Die Ernennung der Standortleitung fällt in die Organisationskompetenz des Verwaltungsrates. Der Regierungsrat war in den Entscheid des damaligen Verwaltungsrates nicht involviert und äussert sich entsprechend dazu auch nicht weiter. Die seinerzeitige Ernennung erfolgte in einer alten Führungs- und Organisationsstruktur. Diese Struktur wird derzeit im Rahmen des erwähnten Transformationsprozesses vom Verwaltungsrat grundlegend neu aufgesetzt.

Zu Frage 3: Wie beurteilt der Regierungsrat die Rolle der Leiterin Regionen bei der Eskalation der Situation? Hatte sie jemals ein realistisches Interesse an der Stärkung des Regionalstandorts Wolhusen im Sinne der politischen kantonalen Vorgaben wie sie im Planungsbericht Gesundheitsversorgung formuliert worden sind?

Die Beurteilung der Rolle einzelner operativer Führungspersonen – einschliesslich der ehemaligen Leiterin Regionen – liegt ausschliesslich in der Zuständigkeit der zuständigen Organe des LUKS. Der Regierungsrat äussert sich nicht zu solchen Einzelfragen. Entscheidend ist für den Regierungsrat einzig, dass der Verwaltungsrat seine Verantwortung für die Einhaltung der im Planungsbericht Gesundheitsversorgung und im geänderten Spitalgesetz formulierten Vorgaben für seine Angebotsstrategie im Neubau Wolhusen wahrnimmt.

Zu Frage 4: Wie erklärt der Regierungsrat den Widerspruch, dass trotz ausgewiesenem Fachkräftemangel ein verdienter hervorragender Chefarzt per sofort freigestellt wird, während Personen mit offensichtlich konfliktreichem Führungsstil weiterhin in zentralen Positionen verbleiben?

Neben dem ehemaligen Chefarzt Medizin des Standorts Wolhusen sind auch der ehemalige medizinische Co-Leiter und die ehemalige Leiterin Regionen mittlerweile nicht mehr für das LUKS tätig. Der Verwaltungsrat hat die von mehreren Kaderärzten seinerzeit erhobenen Vorwürfe durch eine spezialisierte und unabhängige externe Stelle umfassend abklären lassen und die daraus angezeigten personalrechtlichen Konsequenzen gezogen. Die externe Untersuchung hat zudem – zusammen mit weiteren internen Analysen des Verwaltungsrats – einen Handlungsbedarf auf struktureller und organisatorischer Ebene aufgezeigt, der im bereits erwähnten Transformationsprozess geklärt wird.

Zu Frage 5: In den letzten Jahren haben ausgezeichnete Chefärzte und Kaderärzte das LUKS am Standort Wolhusen verlassen, da das strukturelle Arbeitsklima am LUKS Wolhusen ihnen keine Perspektiven für eine zukunftssträchtige Zusammenarbeit gegeben hat. Das sind grosse Führungsschwächen, die die Spitalleitung und der Verwaltungsrat auf seine Kappe nehmen muss. Wie gedenkt der Regierungsrat diesem Verlust an hochqualifizierten Fachkräften entgegenzuwirken?

Es ist zutreffend, dass in den vergangenen Jahren verschiedene Chef- und Kaderärzte den Standort Wolhusen verlassen haben. Die Würdigung der persönlichen oder beruflichen Gründe für diese Weggänge liegen im Verantwortungsbereich der Führung des LUKS; der Regierungsrat nimmt dazu keine Bewertung vor. Entscheidend ist für ihn, dass die medizinische Versorgung am Standort Wolhusen jederzeit gewährleistet war und weiterhin gewährleistet ist. Die erfolgte Klärung des Leistungsauftrags für den Neubau Wolhusen, die personellen Erneuerungen in der Führung des Standortes sowie die laufende Reorganisation des LUKS tragen zusätzlich dazu bei, ein stabiles Umfeld zu schaffen, das für Fachkräfte attraktiv ist.

Der Regierungsrat erwartet zudem, dass sich auch der Standort Wolhusen – wie alle Standorte des LUKS – konsequent in die übergeordnete Konzern- und Versorgungsstrategie der LUKS Gruppe einbettet. Die Zukunft der Gesundheitsversorgung liegt in Netzwerken sowohl zwischen Spitälern als auch mit spitalexternen Leistungserbringern. Netzwerkbasierte Spitalversorgung bedeutet dabei, unternehmensweit zu denken und zu handeln: mit gemeinsamen Aus- und Weiterbildungsstrukturen, abgestimmten Leistungsprozessen, standortübergreifender Zusammenarbeit und einer klaren Zuordnung von Leistungen zu geeigneten Standorten. Dies verbessert die Arbeitsbedingungen, stärkt berufliche Entwicklungspfade und wirkt dem Fachkräftemangel systematisch entgegen.

Zu Frage 6: Welche konkreten Massnahmen werden nun ergriffen, um die Versorgungssicherheit in Wolhusen kurzfristig aufrechtzuerhalten und den Standort langfristig zu stärken?

Die Versorgungssicherheit am Standort Wolhusen war und ist – unabhängig von einzelnen Personalwechseln – jederzeit gewährleistet. Das LUKS hat für die medizinische Leitung kurzfristig interimistische Lösungen eingesetzt und wird die Funktionen der Standortleitung und der Klinikleitung Medizin ordnungsgemäss ausschreiben. Diese operativen Massnahmen liegen in der Verantwortung des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung. Im Weiteren wird auf die Antworten zu den Fragen 5 und 9 verwiesen.

Zu Frage 7: Welche Rückmeldungen oder Weisungen hat der Regierungsrat als Vertreter des Kantons Luzern dem Verwaltungsrat des LUKS im Zusammenhang mit diesen Entwicklungen erteilt?

Der Regierungsrat hat dem Verwaltungsrat des LUKS die klare Erwartung kommuniziert, dass das im Planungsbericht Gesundheitsversorgung definierte Leistungsangebot für den Standort Wolhusen konsequent umgesetzt wird und die Bedürfnisse der regionalen Standorte angemessen berücksichtigt werden. Ebenso erwartet der Regierungsrat eine offene und transparente Kommunikations- und Informationspolitik sowie eine auf die kantonalen gesundheitspolitischen Ziele abgestimmte Versorgungsstrategie. Darüber hinaus hat der Regierungsrat dem neu zusammengesetzten Verwaltungsrat und dem CEO sein Vertrauen ausgesprochen. Es gilt nun, Ruhe und Stabilität an den Standorten herzustellen, die Werte- und Unternehmenskultur gezielt weiterzuentwickeln und gemeinsam eine tragfähige Vorwärtsstrategie für das gesamte Unternehmen zu gestalten. Dies wird eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen.

Zu Frage 8: Welche Massnahmen zieht der Regierungsrat in Betracht, falls sich Fehlverhalten oder strategisches Führungsveragen in der Zukunft in seinen Institutionen wiederholen sollte?

Der Regierungsrat nimmt Hinweise auf allfälliges Fehlverhalten oder strategisches Führungsveragen sehr ernst. Als Vertreter des Kantons Luzern als Alleinaktionär des LUKS verfügt er im Rahmen des Aktienrechts und der Eignerstrategie über die Möglichkeit, bei Bedarf an der Generalversammlung auf die personelle Zusammensetzung und Entlastung des Verwaltungsrats Einfluss nehmen zu können. Ein unmittelbares Eingreifen in operative oder personalrechtliche Belange des LUKS bleibt jedoch aufgrund der politisch gewollten aktienrechtlichen Zuständigkeitsregelung in jedem Fall dem Verwaltungsrat vorbehalten.

Zu Frage 9: Welche konkreten Schritte unternimmt der Regierungsrat, um die Zielsetzungen des neuen Spitalgesetzes und die medizinische Grund- und Notfallversorgung am Standort Wolhusen nachhaltig zu sichern?

Die nachhaltige Sicherstellung der medizinischen Grund- und Notfallversorgung an allen Standorten – einschliesslich Wolhusen – basiert auf zwei zentralen Grundlagen: dem Planungsbericht Gesundheitsversorgung und dem geänderten Spitalgesetz. Der Planungsbericht definiert das regionale Leistungsangebot und die Versorgungsarchitektur; das Spitalgesetz verpflichtet das LUKS verbindlich, an all seinen Standorten die Grund- und Notfallversorgung sicherzustellen. Die operative Umsetzung dieser strategischen Vorgaben liegt beim Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung des LUKS. Im Rahmen des Beteiligungscontrollings steht das GSD in regelmässigem Austausch mit dem Verwaltungsratspräsidenten und dem CEO des LUKS – sowohl in strukturierten Quartalsgesprächen zusammen mit dem Finanzdepartement (FD) als auch in ad-hoc-Austauschen. Dadurch kann der Regierungsrat die Erfüllung der Angebotsvorgaben aus dem Planungsbericht und des Spitalgesetzes eng monitorieren und bei Bedarf auf strategische Diskrepanzen hinweisen. Das zuständige Koordinationsgremium stellt zudem sicher, dass der Regierungsrat laufend über relevante Entwicklungen informiert ist. Parallel dazu stellt die Dienststelle Gesundheit und Sport (DIGE) über das Beitragscontrolling sicher, dass die Leistungsaufträge an allen Standorten eingehalten werden – sowohl hinsichtlich Umfang als auch Qualität.

Darüber hinaus arbeitet das GSD an der Strategie «Integrierte Gesundheitsversorgung», welche die Zusammenarbeit zwischen ambulanten und stationären Leistungserbringern systematisch stärkt. Die Weiterentwicklung der regionalen Versorgungsnetzwerke ist ein zentraler Baustein dieser Strategie und trägt wesentlich zur langfristigen Sicherstellung der Grund- und Notfallversorgung in Wolhusen bei. Ergänzend dazu wird derzeit das Projekt «Notfalltriage» erarbeitet, das die Prozesse in der Notfallversorgung weiter harmonisieren und verbessern soll.